

# Die Fremdarbeiterfrage : ein Bericht

Autor(en): **Bütler, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 5: **Die Fremdarbeiterfrage**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162302>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Fremdarbeiterfrage – ein Bericht

HUGO BÜTLER

«Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen»: in diese präzise Kurzformel hat *Max Frisch* vor kurzem das Faktum verpackt, dass die Fremdarbeiterfrage neben der wirtschaftlichen eine politische Dimension hat. Arbeitskräfte stehen als Faktor im Produktionsprozess; Menschen sind seit Aristoteles unbestritten von politischer Natur. Dass die wirtschaftliche Funktion weder in der Praxis vom Politischen geschieden noch für die reportierende Betrachtung streng getrennt werden kann, ergibt sich aus der Identität des Trägers beider Rollen. Noch in Frischs Abbeviatur bleibt erkennbar, dass es für unser Land, für unsere Wirtschaft zeitlich und kausal zuerst um Arbeitskräfte ging, die «man» aus dem Ausland holte, weil sie in der Schweiz nicht mehr zu finden waren. Erst später entpuppten sich diese als mehr, als Menschen, mit allen Konsequenzen dieses Begriffs. Diese Phasenverschiebung zwischen ökonomischer Absicht und Erkenntnis des Faktischen mag eine Erklärung sein für die lange Zeit nahezu ausschliesslich – und heute noch vorherrschend – wirtschaftliche Betrachtungsweise der Fremdarbeiterfrage. Der *Fremdarbeiterfrage* folgt nun aber, wie schon einmal, die *Fremdenfrage* auf dem Fuss<sup>1</sup>.

Von den politischen Implikationen dieser Tatsache nahmen und nehmen auch heute viele Schweizer nur mit Widerwillen Kenntnis. Sprechendster Ausdruck solchen zunächst menschlichen, in seiner Konsequenz unweigerlich politischen Widerwillens, der in sich unfruchtbar, verneinend, zukunftsblind, Projektion rückwärtsgewandter (Eigen-)Arterhaltung ist, bildet gegenwärtig die zweite Überfremdungsinitiative. Bezeichnend für die Gegenkräfte, welche diese «Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» auslöst, ist, dass sie den Kampf zumeist mit wirtschaftlichen, selten mit politischen Argumenten aufnehmen. Nicht ohne Untertöne von Verzweiflung ist angesichts der nunmehr unvermeidlichen Volksabstimmung oft bloss von der Verhinderung eines «Anschlags auf unsere Wirtschaft», von der Gefahr eines «ökonomischen Selbstmords» die Rede, wo doch ebenso sehr politische und menschliche Ideale der schweizerischen Staatsgestalt auf dem Spiele stehen<sup>2</sup>. Zwar hat der Präsident des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen neulich den Schutz der «Grundbedingungen menschenwürdiger Existenz», das Recht auf Familie und

Familienleben ins Feld geführt gegen die vornehmlich aus Eigendünkel und Fremdenhass geborene Initiative II<sup>3</sup>. Aber sonst ist fast durchgängig die Absenz politisch motivierter Kampfführung zugunsten wirtschaftlicher oder bloss statistischer Beweisgründe feststellbar – ein Verlust an menschenbezogenem Denken und an politischer Substanz ist virulent geworden! Denkweise eines werdenden Herrenvolkes?

So oder anders: unumstösslich steht fest, dass die Fremdarbeiterfrage mit dem Beginn der Abbaubeschlüsse, spätestens aber mit der Einreichung der zweiten Überfremdungsinitiative von einem wirtschaftlichen zu einem staatspolitischen Problem erhoben worden ist – obgleich ungewollt. Welche politischen Kräfte sich rund um diese Frage abzeichnen, soll hier zu zeigen versucht werden. Dabei erscheint es angebracht, einmal den politischen Anliegen und Tätigkeiten der Fremdarbeiter selbst die Aufmerksamkeit zuzuwenden, was meines Wissens schweizerischerseits bisher in grösserem Zusammenhang nicht geschehen ist. Dieses Manko halte ich für ein Indiz, dass in unserer Frage die Interessen der Schweizer immer sich selbst gelten, was richtig ist, aber relativ selten auch den andern, was nötig wäre. Ein anderer Gesichtswinkel als der des eigenen Vorteils kommt spärlich zur Geltung. Unsere Kenntnis der Emigranten und ihrer Probleme ist im Durchschnitt minim, obwohl Kenntnis hier meist auch ein Stück Verständnis bedeuten könnte. Im folgenden handelt es sich um ein erstes lückenhaftes Inventar über politisches Leben und lebendige Politik unter den Fremdarbeitern selbst. Die Darlegung einiger politischer Implikationen im schweizerischen Bereich schliesst sich an.

### *Vereinsfreudige Italiener*

Im Widerspruch zur landläufigen Vorstellung, wonach die Italiener eine sehr diffuse und unstrukturierte Masse bilden, stehen die weit über 1000 Vereinigungen von Fremdarbeitern aus unserem südlichen Nachbarland, die den verschiedenen italienischen Konsulaten in unserem Land bekannt sind. Die Liste beginnt bei Sportvereinen, enthält mannigfache kulturelle Gruppierungen, Emigrantenvereinigungen aus Selbstzweck, zahlreiche soziale Hilfsstellen (zum Beispiel freiwillige Blutspendervereine) und verzeichnet eine grosse Zahl von Regionalvereinen oder Landsmannschaften, die vergleichbar sind mit Kantonalvereinen von Schweizern in andern Städten. Diese Zusammenschlüsse von Wanderarbeitern aus der gleichen Region haben aber mehr Gewicht als ihre schweizerischen Pendanten, insofern zur Heimatregion in Italien engste Beziehungen menschlicher und auch politischer Natur unterhalten werden. Solche Regionalgruppen können vor Wahlen in der Heimat für lokale Parteigrössen oder Wahlmatadoren die

entscheidende Rolle im Kampf um die Volksgunst spielen. Als Propagandamedien dienen in solchen Fällen Halbmonats- oder Monatszeitungen für die Emigranten der Region, die in den wichtigsten Immigrationsländern zur Verteilung gelangen, so etwa von der Region Vicenza seit 16 Jahren *Vicentini nel mondo*, welches Blatt die Sorgen von Emigranten und Rückwanderern behandelt. Ein häufiges Motiv zur Gruppenbildung geben die gemeinsamen Erlebnisse alter Frontsoldaten ab. Die Existenz solcher *Associazioni Combattentistiche* hat die «Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» schon zur hetzerischen Behauptung verleitet, die Italiener seien daran, das «Armenhaus Siziliens»<sup>4</sup> mit paramilitärischen Organisationen zu durchsetzen<sup>5</sup>.

Politisches Profil, das von weiterer Bedeutung wäre, gewinnen aber diese erstaunlich zahlreichen Vereine von italienischen, spanischen, auch griechischen oder türkischen Emigranten nicht. Sie mögen aber zeigen, dass Vereinsleben keine schweizerische Eigenart ist<sup>6</sup>. Über den Vereinscharakter hinaus zu regionalem wo nicht nationalem Ausmass gewachsen sind bisher eigentlich nur die *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (Bund der freien italienischen Kolonien in der Schweiz, CLI), die *Associazione Cristiana dei Lavoratori Italiani* (Vereinigung christlicher Arbeiter, ACLI) sowie die *Missione Cattolica Italiana*.

#### *Die Tätigkeit der «Missione»*

Jede dieser drei Gruppierungen spielt eine durchaus selbständige Rolle. Es ist nicht etwa so, dass ACLI und *Missione* nur zwei verschiedene Organisationen von gleicher Interessenlage wären. Die *Missione* vertreten zunächst ein religiöses Anliegen, das aber unverkennbar mit Politik verquickt ist. Diese ist päpstlich orientiert und hält sich treu an die *Democrazia Cristiana* (DC). In der Zeitung der *Missione*, dem in Lugano erscheinenden *Corriere degli Italiani* wird festgestellt, dass der italienische Sozialismus unfähig sei, in der Regierung zu verbleiben<sup>7</sup>. Das Blatt erscheint in einer Auflage von gut 10000 Exemplaren und wird über kirchliche Organisationen, Italiener-siedlungen und Kantinen verteilt. Die Nachrichten aus den Italienervereinen nehmen breiten Raum ein. Die Emigrationspolitik der italienischen Regierung, speziell die Verlautbarungen von *Mario Pedini*, dem neuen Unterstaatssekretär für Emigrationsfragen in der Farnesia, werden meist beipflichtend behandelt. Die Äusserungen, die in der Schweiz da und dort gegen den Papstbesuch in Genf und den Empfang des Kirchenoberhauptes durch den Bundesrat laut wurden, registriert der *Corriere* mit reichlichem Lamento, nicht ohne das schweizerische Verhalten gegenüber dem Papst in Parallele zu rücken zum Gefühl des Diskriminiertseins unter den Gast-

arbeitern<sup>8</sup>. Einzelne Randerscheinungen werden ins Zentrum gezogen und als Fazit Intoleranz konstatiert. Das Ziel ist aber mindestens den Worten nach nicht Hetze oder Aufstachelung von Hassgefühlen, sondern Brüderlichkeit zwischen Menschen und Nationen, wie sie der Papst mit seinem Besuch habe vorleben wollen. Die schweizerischen Angelegenheiten werden nur soweit berichtet und kommentiert, als sie die Gastarbeiter unmittelbar betreffen können. Die Missionen wirken im ganzen genommen darauf hin, religiöses Leben unter den Emigranten zu fördern und zugleich deren *Italianità* zu erhalten. Der zweite Grundsatz gilt speziell auch für die von den Missionen geführten italienischen Schulen in der Schweiz mit ihren rund 2000 Schulkindern. Darob ist mit verschiedenen kantonalen Erziehungsdepartementen ein kleiner Schulkrieg ausgebrochen, denn die Kantone verlangen seit der Unterzeichnung des Einwanderungsabkommens (1964) die Eingliederung der Italienerkinder in unsere Schulen und haben zu diesem Zweck den Besuch der Missionsschulen mit einer Zweijahresbeschränkung belegt<sup>9</sup>.

#### *Associazione Cristiana Lavoratori Italiani (ACLI)*

Die Missionen sind ein Unternehmen der katholischen Kirche und insofern keine Emigrantenorganisation. Das Prädikat, eigentliche Interessenvertretung der Emigranten zu sein, können für sich nur die ACLI und die CLI in Anspruch nehmen. Bei der ACLI handelt es sich um den Schweizer Zweig der italienischen Mutterorganisation gleichen Namens, die keine eigentliche Gewerkschaft, sondern eine allgemeine Arbeiterbewegung christlicher Orientierung sein will. An ihrem Kongress in Turin von Mitte Juni hat die italienische ACLI mit etwa fünf Sechsteln aller Delegiertenstimmen die Beendigung des bisherigen Wahlbündnisses mit der Democrazia Cristiana beschlossen. Das hat am Römer Kongress der DC (29. Juni) die künftige Kräftegruppierung der Partei zur unausgesprochenen Hauptfrage gemacht<sup>10</sup>.

Was hat es mit dieser Autonomisierung der christlichen Arbeiterbewegung Italiens auf sich? Sicher ist sie weit davon entfernt, ein «kommunistischer Transmissionsriemen» zu werden, wie unlängst ein Beobachter formuliert hat. Die Haltung der ACLI-Vertreter in den Emigrationsländern ist für diese Frage aufschlussreich. Denn sie drängten in erster Linie auf die Beendigung der automatischen Wahlunterstützung für die DC. Nun bedeutet aber dieser «non-collateralismo» keineswegs grundsätzlich «disimpegno». Die christlichen Prinzipien sollen Leitmotiv bleiben. Das ganze ist nichts anderes als ein Manöver politischer Pressionstaktik. Objekt des Druckversuches bildet die Sozial- und Emigrationspolitik der italienischen Regierung, die den Emigranten ungenügend erscheint, ja für deren Opfer sie sich

ansehen. Tatsächlich hat der bereits erwähnte *Mario Pedini* in seiner Funktion als Unterstaatssekretär für Emigrationsfragen erst kürzlich wider alle Realitäten verkündet, die italienische Emigration sei eigentlich gar keine Notwendigkeit mehr<sup>11</sup>. Die christlichdemokratische Regierungspartei Italiens wird sich künftig die Wählerstimmen der ACLI durch reelle Leistungen auf dem Sektor der Sozial- und Emigrationspolitik *verdienen* müssen.

Die Verstärkung des politischen Drucks seitens der Emigranten (immerhin die stattliche Zahl von 5 Millionen) und ihrer Mutterorganisationen in Italien kann selbstverständlich auch Rückwirkungen haben auf die Vertragspolitik zwischen der italienischen Regierung und den Emigrationsländern. Bei den Unterhandlungen zur Frage der Krankenversicherung der in Italien zurückbleibenden Familienangehörigen von in der Schweiz beschäftigten Arbeitnehmern haben die italienischen Beauftragten tatsächlich gegenüber der Schweiz das Argument vorgebracht, dass im Fall der Nichtverwirklichung dieses Postulats bei den nächsten Parlamentswahlen mit einem Linksrutsch zu rechnen sei<sup>12</sup>. Dieses Verhandlungsargument erscheint für Schweizer Verhältnisse, wo die politische Macht nach dem Parteienproporz verteilt ist, gesucht. In Italien bildet es den täglichen Hintergrund der Tätigkeit von Regierungsparteien. Gewiss wäre es aber eine Verkennung der realen Grössenordnungen und Machtwerte, wollte man den Grad sozialpolitischer Willfährigkeit von Emigrationsländern wie der Schweiz zur Schicksalsfrage der regierenden Democrazia Cristiana machen.

Das Problem der eher unfreiwilligen «Einflussnahme der neutralen Schweiz auf die Innenpolitik eines andern Staates» scheint übrigens noch weitere Aspekte zu haben. Die «National-Zeitung» (Nr. 169 vom 10. 4. 68) stellt fest, das Eidgenössische Justizdepartement habe «mittelbar die Finger im inneritalienischen Wahlkampf», wenn es kommunistische Wahlpropagandisten ausweise oder ihr Druckmaterial beschlagnahme. Und mehr noch: «Das Departement des christlichsozialen Bundesrates von Moos unterstützt indirekt die christlichdemokratischen Freunde in Rom.» Dass die italienischen Parteien und Gewerkschaften mit ihren Propagandaaktionen unter den Emigranten vornehmlich italienische Innenpolitik betreiben und weniger oder gar keine politische Arbeit gegen die Gastländer beabsichtigen, wird weiter unten durch das Paper eines progressiven Arbeitszirkels bestätigt.

Was tut die Niederlassung der ACLI in der Schweiz? Zunächst sind bedeutende Organisationserfolge festzustellen, seit anfangs dieses Jahres *R. Di Bernardo* nach längerer Tätigkeit in Deutschland die Leitung der ACLI-Schweiz übernommen hat. In 69 Sektionen (1968 erst 48) sind über 4000 Italiener erfasst, und ihre Zahl scheint nun rasch zuzunehmen. Publikationsorgan ist die in Italien redigierte *Azione Sociale*. Die Hauptarbeit der ACLI liegt auf den sozialen Diensten (Patronati) sowie der beruflichen

Schulung der Emigranten durch die ENAIP (*Ente Nazionale ACLI Istruzione Professionale*, bis zum Turiner Kongress der ACLI vom Staat finanzierte gewerbliche Berufsschule). In den ACLI-Kreisen selbst geht es um die Formulierung einer Emigrantenpolitik, die heute wie gezeigt darin besteht, die italienische Regierung durch Pressionsmassnahmen zu einer umfassenden *Sozialpolitik* zu veranlassen. Rom soll die Emigration endlich als nationales Phänomen begreifen und sie durch gezielte, systematische Wirtschafts- und Sozialpolitik an den Wurzeln bekämpfen.

Konkret besteht für die ACLI das Problem zunächst darin, ihre Stimme, die Stimme der Emigranten im ganzen, bei der italienischen Regierung wirksam zu Gehör zu bringen und am gesellschaftlich-politischen Leben Italiens verantwortlich teilzuhaben. Als Aktionsmittel wurde auch am Zürcher Kongress der ACLI-Schweiz (Mai 1969) ausdrücklich politischer Druck (Lösung des Wahlbündnisses) gebilligt, um in «völliger Autonomie» von Parteien und Gewerkschaften zugunsten der Arbeiterbewegung handeln zu können<sup>13</sup>. Die Freiheit des Wählerverhaltens wird jetzt unter den Arbeitern in der ACLI als Ausdruck politischer Reife hoch veranschlagt.

Zur besseren Interessenvertretung wird von den Emigranten eine Reform des *Comitato Consultivo degli Italiani all'Estero* (CCIE) verlangt. Bisher wurden die Mitglieder dieses seinerzeit von Fanfani ins Leben gerufenen Konsultativorgans von den Botschaftern in den einzelnen Ländern bestimmt. Die Italiener in der Schweiz sind gegenwärtig durch den 80jährigen *Giovanni Medri*, Präsident der *Colonie Libere Italiane*, durch einen Geistlichen der Mission und einen älteren, im Tessin verwurzelten Händler im CCIE vertreten. Die Repräsentativität und Kenntnis der modernen Emigration wird den beiden letzteren von seiten der ACLI abgesprochen. Über die *Missione Cattolica* fällt, da sie keine Emigrantenorganisation aus Selbstzweck ist, in diesem Zusammenhang von seiten der ACLI das scharfe Urteil: «Parasiten der Emigration.» Die ACLI streben statt der bisherigen Bestimmung durch den Botschafter die demokratische Wahl der CCIE-Mitglieder unter den Emigranten an.

Einer zwischenstaatlichen Vereinbarung rufen die Forderungen nach einer verbindlichen Regelung der Berufsbildung der Emigranten. Verlangt wird, wie auch von den CLI, die Möglichkeit, das Stimmrecht künftig im Emigrationsland durch die Konsulate direkt ausüben zu können. Von unmittelbarer Bedeutung für die Schweiz ist der Wunsch nach einer veränderten Zusammensetzung der sogenannten gemischten schweizerisch-italienischen Kommission, was heisst, dass die ACLI auf eine energischere Vertretung ihrer Anliegen in den bilateralen Abmachungen pochen. Es ist glaubhaft, dass ihre Geschäftsführer zusammen mit denen der CLI den Unterstaatssekretär Pedini bei seinem kürzlichen Schweizer Besuch mit «harten Fragen» bedrängten, die damals und bis heute unbeantwortet blieben.

## *Die Freien italienischen Kolonien in der Schweiz*

Die *Colonie Libere Italiane* (CLI) stellen die älteste und zugleich wichtigste Emigrantengruppierung dar. Aus der Sicht der *Missione Cattolica* werden sie als «kommunistische Tarnorganisation» apostrophiert<sup>14</sup>, die progressive Junge Linke sieht ihre Bewegungsfreiheit begrenzt auf den «kulturell-wohl-tätigen Rahmen»<sup>15</sup>. Die widersprüchliche Beurteilung ist zum Teil historisch erklärbar: die erste freie Italienerkolonie wurde 1927 in Zürich von antifaschistischen Flüchtlingen unter dem Namen *La Mansarda* gegründet. 1943 erfolgte in Olten der Zusammenschluss zur heutigen *Federazione*, zu der gegen 120 Sektionen mit rund 20000 Mitgliedern gehören. Unter den Flüchtlingen des Mussolini-Regimes waren die Liberalen ebenso vertreten wie solche kommunistischer Observanz. Man kann objektiv feststellen, dass die CLI in sich auch heute Mitglieder gegensätzlicher politischer Einstellung vereinigen. Dem Namen nach sind die Freien Kolonien apolitischer Natur; tatsächlich nimmt der Sektor Unterhaltung in ihrer Arbeit breiten Raum ein. Auch betreiben die Colonie ein eigenes Reisebüro («Italtour»). Aber als stärkste Emigrantengruppe kann die Leitung der Colonie auf eine politische Linie heute nicht verzichten. Diese ist eindeutig links der italienischen Mitte orientiert, allerdings ohne ausdrücklich auf eine bestimmte Partei Italiens eingeschworen zu sein.

Am besten werden die Verhältnisse in der Leitung der Colonie an ein paar personellen Beziehungen sichtbar: *Leonardo Zanier*, der als Leiter der Kulturkommission der CLI im vergangenen Februar eine beachtliche Dokumentation zur Schulfrage der Italienerkinder vorlegen konnte<sup>16</sup>, kandidierte für ein Amt in seiner Heimatregion Friaul bei den letztjährigen Wahlen auf der kommunistischen Liste. Der Vizepräsident der CLI, Dante Peri, ist zugleich der Direktor des Patronato INCA Schweiz, also jener Organisation der sozialen Dienste, welche in Italien der linkssozialistisch-kommunistisch geführten CGIL (*Confederazione Generale Italiana del Lavoro*) angeschlossen sind. Vom Präsidenten der Freien Kolonien, G. Medri, der schon 1927 bei der Gründung der *Mansarda* dabei war, sind derart eindeutige Bindungen dagegen nicht bekannt und auch kaum zu vermuten.

Die CLI verstehen sich selbst als Vorhut einer gesamtschweizerischen Emigrantenvereinigung (die aber bei den offensichtlich widerstrebenden Kräften nicht zustandekommen dürfte). Sie praktizieren ohne Rücksicht auf das gemäss geltendem Recht Praktikable einen wortreichen Maximalismus, in dem viel Taktik zu liegen scheint, um damit die zahlreichen apolitisch eingestellten Emigranten sowie die Regierungen beider Länder zu wecken und auf die Emigrantenprobleme aufmerksam zu machen. Die weit vorprellenden Postulate sind zuletzt am Oltener Kongress im März dieses Jahres formuliert worden. Der Kongress war übrigens typischerweise von Ver-



treten aller denkbaren Organisationen von rechts bis links, von den *Missione* bis zum *Partito Comunista Italiano*, beschickt und schliesslich auch noch von der Jungen Linken aus Zürich und aus dem Tessin – beide nur als Gäste – umworben worden. An Italien richteten sich die Begehren nach einer parlamentarischen Untersuchung des Emigrationsproblems sowie einer nationalen Emigrationskonferenz unter Beizug aller drei grossen italienischen Gewerkschaftsorganisationen. Den schweizerischen Gewerkschaften suggeriert das Kongressdokument, sich nach dem Vorbild der italienischen Syndikate zu einigen, um das Emigrantenproblem innenpolitisch wie auch in Zusammenarbeit mit den italienischen Gewerkschaften erfolgreicher lösen zu können<sup>17</sup>. Es geht darum, in beiden Ländern die «Verschwörung des Schweigens» über die Emigration zu brechen<sup>18</sup>. Das professionelle Desinteresse der Schweizer wird schmerzlich empfunden. Der Appell zu einem nationalen Emigranten-Stelldichein ergeht an alle Italiener in unserem Land. Damit sollen die öffentliche Meinung unseres Landes sensibilisiert und die Integration in unsere Gesellschaft gefördert werden. Als gutes Mittel einer schweizerischen Integrationspolitik wird die Erteilung des Stimmrechts in Gemeinde- und Kantonsangelegenheiten an die Emigranten bezeichnet, und zwar in erster Linie dort, wo sie direkt betroffen sind: in Schulfragen.

Am vergangenen ersten Mai, dessen Feier in Zürich wie andernorts teilweise in den Sog der Jungen Linken geriet und deshalb allgemein von einer Radikalisierung der Forderungen gekennzeichnet war, doppelten die CLI auf einem zweisprachigen Flugblatt nach: «Stimmrecht in allen Gemeindeangelegenheiten» war jetzt die Parole; dazu Abschaffung des Saisonarbeiterstatus sowie sämtlicher Familiennachzugshindernisse; auch «keine Ausweisungen aus politischen Gründen». In ähnliche Richtung zielt eine Eingabe ans internationale Arbeitsamt in Genf<sup>19</sup>.

Einen ersten Vorgeschmack für die Schwierigkeiten, die sich aus einer Beteiligung der Fremdarbeiter am politischen Leben ergeben können, bot die Katholische Kirchgemeinde Stein am Rhein, die den Ausländern gemäss der Möglichkeit der Kantonalverfassung das Stimmrecht einräumte. Die Schweizer sahen sich an einer Budgetgemeinde in die Minderheit versetzt und die Italiener plädierten für die Abschaffung der Kirchensteuer. Nur mit Mühe waren sie dazu zu bringen, wenigstens einem auf die Hälfte reduzierten Steueransatz zuzustimmen. Welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, soll im Zusammenhang der Assimilationspolitik erwogen werden.

### *Spanier*

Bei den Spaniern ist grundsätzlich eine grössere Zurückhaltung gegenüber politischer Organisation und Tätigkeit festzustellen. Sie kommen aus einem

Diktaturstaat und haben für sich oder die Angehörigen zu Hause Repressalien zu befürchten, falls sie das spanische Regime öffentlich zum Gegenstand ihrer Kritik machen. Am ersten Mai waren es vor dem spanischen Konsulat in Zürich vorab die Junge Zürcher Linke und ein paar Italiener, die das «España si – Franco no» skandierten. Gegen Franco gerichtete Emigrantenkomitees treten am ehesten im Einfallstor Genf in Erscheinung, allerdings mit wenig öffentlicher Resonanz. Eine Organisation der spanischen Immigration in der Schweiz, die ja noch viel jünger ist als die italienische, wird vom Sozialarbeiter *Francisco Ruiz* vorangetrieben, dem zunächst der Zusammenschluss von 9000 Spanierinnen und Spaniern im Kanton Neuenburg gelungen ist. Ein erster nationaler Kongress spanischer Emigranten ist angekündigt worden. Beabsichtigt ist vor allem ein besserer Kontakt und der Ausbau der sozialen Leistungen<sup>20</sup>. Für das politische Verhalten der Griechen gilt ähnliches wie für die Spanier.

### *Kommunisten und Junge Linke*

Da die Wanderarbeiter soziologisch gesehen eine Randgruppe bilden, hat sich die revolutionäre Junge Linke ihrer in Theorie und Praxis angenommen in der Meinung, unter diesen grundsätzlich eher oppositionell als regierungsfreundlich gesinnten Arbeitern revolutionäres, klassenkämpferisches Bewusstsein vorzufinden oder erzeugen zu können. Am ersten Mai wurden in Zürich die Spanier und Italiener zur Agitation gegen die Fremdenpolizei als einem angeblichen Instrument der «Unternehmer und Kapitalisten» aufgefordert, allerdings mit kläglichem Erfolg. Als Wortführer tat sich PdA-Kantonsrat *Franz Rueb* hervor, der als Hauptaktivist der *Fortschrittlichen Schüler, Arbeiter und Studenten* (FASS) anzusehen ist; er rief zu einer neuen Internationale der revolutionären Arbeiter gegen die «Internationale des Kapitals und der Ausbeutung» auf.

Dass das nicht ganz nur Phrasen eines revolutionären Bombasten sind, geht aus einigen Dokumenten hervor, die der *Internationalen Arbeitsgruppe Zürich* – eine Gruppe vorwiegend schweizerischer und einiger italienischer Linksprogressiver – diesen Sommer als Arbeitsunterlagen dienen. Aufschlussreich ist der Weg eines Papers, das «entstand aus der Arbeit von italienischen Genossen und Schweizer Genossen unter italienischen Arbeitern in der Schweiz». Es diente später dem *Comitato per l'emigrazione* progressistischer Studenten der Universität Ca' Foscari von Venedig als Arbeitsgrundlage. Schliesslich wurde es vom *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) Konstanz übersetzt. Sowohl mit den Jungrevolutionären des SDS wie des italienischen *Movimento Progressista* fanden Arbeitskonferenzen statt, über die sich die Internationale Arbeitsgruppe Zürich referieren liess<sup>21</sup>. Im erwähnten Paper ist über die Tätigkeit der italieni-

schen Parteien, speziell des *Partito Comunista Italiano* (PCI) bezüglich der Emigration folgendes zu erfahren:

Die einzige bestehende Organisation, die auch zwischen den Zeiten der italienischen Wahlen existiert, ist die kommunistische Partei Italiens, die in der Illegalität arbeitet. (Im Kanton Zürich zählt sie 800 eingeschriebene Mitglieder.) Ihre Tätigkeit und ihre Politik sind hingegen einzig und allein auf das Ziel gerichtet, ihr eine stabile Wählerbasis zu garantieren, und nicht auf das Ziel, eine politische Linie zu erarbeiten, die die Tendenz hätte, die Arbeiterklasse ausländischer Nationalität als zum schweizerischen kapitalistischen System antagonistische darzustellen. Hingegen zeichnet sich in der Immigration eine starke Tendenz zur Zersplitterung und Vereinzelung ab, die genau die Konsequenz einer mangelnden Identifizierung mit präzisen Klasseninteressen ... innerhalb der schweizerischen Gesellschaft und einer fehlenden Loslösung von der illusorischen Perspektive der Rückkehr als einzig möglicher Alternative ist ...

Die Tätigkeiten, die die italienischen Parteien angesichts der Immigration in der Schweiz entwickeln, ob es sich nun um die Christlich-Demokraten, um die italienische sozialistische Partei (PSI) oder um die PCI (Kommunisten) handelt, haben immer einen gemeinsamen Nenner, denjenigen der «Instrumentalisierung zu Wahlzwecken».

Das ist als eine Beurteilung der kommunistischen Parteitätigkeit aus der Sicht der jungen Linksüberholer, also als kritische Begutachtung zu lesen. Die angegebene Zahl von 800 PCI-Mitgliedern im Kanton Zürich kann nach Auffassung von ACLI-Vertretern der Realität entsprechen. Dass die Emigranten von den Parteien zu Wahlzwecken «instrumentalisiert» werden, scheint eine zutreffende Diagnose zu sein und speziell auch für die PCI zu gelten. Es ist ja tatsächlich nicht sie, sondern die Junge Linke, die die Fremdarbeiter zur klassenkämpferischen, revolutionären Agitation an Ort und Stelle anleiten will. Als glaubwürdiges Vorkommnis führt das Paper an, «dass auf dem ersten Kongress der Emigranten-PCI des Kantons Zürich aus den Stellungnahmen aller Delegierten und aus dem Motto selbst, unter das die Debatte auf dem Kongress vom *Kantonssekretariat* gestellt wurde», der Versuch ersichtlich war, eine selbständige Emigrantenpolitik zu formulieren. Das anwesende Mitglied des Zentralkomitees der italienischen KP habe dann aber das Motto kritisiert und die Aufmerksamkeit auf die Fragen der Mitte-links-Koalition und der Einheitspartei gebracht, also von der selbständigen Emigrantenpolitik auf die italienische Innenpolitik abgelenkt.

### *Die Junge Linke und der Schweizer Arbeitsfrieden*

Am Oltener Kongress der *Colonie Libere* vom März dieses Jahres sind Sprecher der *Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich* und des *Movimento Giovanile Progressista* aus dem Kanton Tessin in schärfsten Worten gegen den schweizerischen Arbeitsfrieden aufgetreten. Dass solche Attacken nicht launischer Zufall sind, sondern in eine jungrevolutionäre Strategie gehören, erhellt aus dem «Politischen Dokument Nr. 1»<sup>22</sup>. Darin heisst es:

«Durch den Arbeitsfrieden sind die Gewerkschaften . . . zu einem Pfeiler der politisch-wirtschaftlichen Strukturen des schweizerischen Kapitalismus geworden . . . Die gegenwärtigen kommunistischen Parteien haben in ihrer wesentlichen Aufgabe fehlgeschlagen; die revolutionären Bewegungen müssen daher eine revolutionäre Partei gründen, welche es der Vorhut der Arbeiter und Intellektuellen erlaubt, die bürgerliche Macht niederzuschlagen. Der Beitrag unserer Bewegung [gemeint sind die Tessiner Progressiven, Anm. d. V.] an diese Aufgabe wird aus einer auf folgenden zwei Punkten basierenden Aktion bestehen: erstens ein Nein dem Arbeitsfrieden – was uns zwingt, die von SGB, der sozialistischen und der Partei der Arbeit gespielten Rollen zu demaskieren . . . Wir wenden unsere Werbung besonders an jene Schichten des Proletariats (weibliche und ausländische Arbeitskraft), welche von den gewerkschaftlichen Organisationen vernachlässigt werden. Zweitens haben die Arbeiter keine Heimat – das zwingt uns, . . . unsere organisatorische Arbeit besonders unter dem Proletariat ausländischer Herkunft zu führen . . . Die Suche nach einem neuen Internationalismus oder besser die Rückkehr zu dem von den gegenwärtigen Arbeiterparteien aufgegebenen proletarischen Internationalismus . . . müssen an der Basis dieser Arbeit sein.»

Die Invektiven gegen den Arbeitsfrieden in der Schweiz wurden in Olten von den CLI-Delegierten zwar angehört, fanden aber nachher in keinem Kongressdokument eine Erwähnung. Die Bekämpfung des schweizerischen Friedensabkommens gehört nicht ins Programm der *Colonie Libere*, sondern (bis heute) ausschliesslich zu den Agitationsparolen der Jungen Linken<sup>23</sup>, deren Erfolge bisher, das sei betont, minimal geblieben sind. Die grosse Mehrheit der Gastarbeiter liebt es nicht, sich im Gastland in extremistische Tätigkeit zu verwickeln.

Bei der Beurteilung der oben erwähnten Angaben über die Emigrantent-PCI muss man in Rechnung stellen, dass sie weniger als ein Prozent der im Kanton Zürich wohnhaften Italiener für sich mobilisiert hat. Zudem kann für einen Emigranten der Beitritt in die PCI gleichviel wie «oppositionell sein» bedeuten. Die italienische Regierung bringt es nicht zustande, die Emigration unnötig zu machen, also geht man in die Opposition – so könnte die Überlegung spielen.

### *Die Politik der schweizerischen Gewerkschaften*

H. J. Hoffmann-Nowotny hat neuerdings in einer Untersuchung zu zeigen versucht, dass die schweizerischen Gewerkschaften die Interessen der Fremdarbeiter nicht oder doch nur teilweise zu vertreten vermögen; die bestehenden Spannungen könnten strukturell abgefangen werden durch die Gründung autonomer rechtsgleicher Ausländergewerkschaften<sup>24</sup>. Das ist zunächst bloss eine theoretische Überlegung, die sich im Ansatz aber auf einen vorhandenen Erfahrungshintergrund abstützen kann. Die Fremdarbeiter stellen die schweizerischen Gewerkschaften in verschiedener Hinsicht vor verzwickte Fragen. *Giacomo Bernasconi*, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, sah sich zur Feststellung genötigt, dass «die

erschreckende, ressentimentsgeladene Fremdenfeindlichkeit vieler Kollegen und Genossen wie eine Faust aufs Auge zu der oft recht phrasenhaften Internationalität vielfach der gleichen Kollegen und Genossen» passt. Oft widerspricht die Anwesenheit ausländischer Arbeiter lohnpolitisch und in einzelnen Fällen auch am Arbeitsplatz den Interessen der Schweizer Arbeiter, so dass sich die Gewerkschaftsführer dem Dilemma zu stellen haben, sich gegen die Wünsche einheimischer Mitglieder für die Fremdarbeiter einzusetzen. In folgenden Sätzen scheint mir der sonst selten klar umrissene Ausgangspunkt für die Fremdarbeiterpolitik des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zutreffend beschrieben:

Über allen berechtigten gewerkschaftlichen Selbstschutz und Organisationsegoismus hinaus ist uns doch auch ein allgemeiner Auftrag, sozusagen eine geschichtliche Mission übertragen, die wir einfach nicht vernachlässigen und verraten dürfen. Ob wir mit unsern Bestrebungen zur Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte, die wir selbstverständlich fortführen werden, künftig mehr Erfolg haben oder nicht – für diejenigen [Fremdarbeiter], die einmal da sind, sind wir ein Stück weit verantwortlich über alle Eigeninteressen unserer Organisation hinaus. Würden wir die legitimen Interessen und berechtigten Ansprüche der ausländischen Arbeitskräfte vernachlässigen, so müsste sich das sehr bald gegen uns selbst richten ...<sup>25</sup>.

Vielsagend ist das Faktum, dass die Gewerkschaftsversammlung, vor der diese Sätze gesprochen wurden, um die beiden Abkommen mit Italien zu würdigen, nach dem Referat wider die Intention des Kartellvorstandes mit allen gegen eine Stimme eine höchst gehässige, italienerfeindliche Resolution annahm<sup>26</sup>.

Die Gewerkschaftsführer sehen sich also gehalten, gegen ihre unmittelbaren eigenen materiellen Interessen Solidarität mit den Fremdarbeitern zu beweisen, um nicht zu Verrätern des Arbeiterstandes als solchem zu werden. Aus diesen Überlegungen heraus hat der SGB in zwei mit statistischer Arithmetik reich garnierten Eingaben an den Bundesrat die stufenweise anzupeilende Einhaltung einer «definitiven Richtzahl» von 500 000 erwerbstätigen Ausländern ab 1972 verlangt und gefordert, auf «Gesetzesebene die Zielsetzung der Einwanderungspolitik unzweideutig zum Ausdruck zu bringen». Diese «Entfremdungspolitik», die den Vorrang vor Wirtschaftsexpansion haben soll, wird gegenwärtig vom SGB-Präsidenten, Nationalrat *Ernst Wüthrich*, bestätigt<sup>27</sup>. Gleichzeitig schlägt er eine prinzipielle Liberalisierung des Arbeitsmarktes vor, um so für die bisher benachteiligten Fremdarbeiter eine Gleichstellung zum Schweizer zu erwirken. Zugleich möchten die Gewerkschaften vermehrt versuchen, die ausländischen Kollegen in ihre Bewegung zu integrieren<sup>28</sup>. Die Gewerkschaftspolitik wird also im wesentlichen durch den Versuch geprägt, die Spannungen, welche die Anwesenheit von rund 600 000 ausländischen Erwerbstätigen in den Reihen der schweizerischen Gewerkschaften verursachen, organisatorisch zu bewältigen.

Ihre Führer sagen ja zur Integration einer klar beschränkten Zahl von Ausländern.

Die Fremdarbeiter sind grundsätzlich an einer Vertretung in den Gewerkschaften interessiert. Die Unterstützung der Abbaumassnahmen durch diese Organisationen bildet aber ein psychologisches Hindernis für einen massenhaften Beitritt, ganz abgesehen von der Unlust zur Beitragszahlung. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter in der Schweiz gilt allgemein als ziemlich schlecht. Relativ gut vertreten sind die Italiener im *Christlichen Metallarbeiterverband* sowie im *Bau- und Holzarbeiterverband*. Als Zeitungen schweizerischer Gewerkschaften in italienischer Sprache erscheinen *Edilizia Svizzera* (Auflage ca. 40000) und *Industria e Lavoro* (Auflage ca. 65000). Die Freien Kolonien und die ACLI treten für eine engere Zusammenarbeit mit den schweizerischen Gewerkschaften ein, natürlich nicht ohne entsprechende Vertretung in Arbeiter- und Betriebskommissionen zu fordern. Der SGB pflegt regelmässige Kontakte mit den beiden demokratischen Gewerkschaftsorganisationen Italiens, der *Confederazione Italiana Sindacati Liberi* (CISL) und der *Unione Italiana del Lavoro* (UIL), um die Anliegen der Emigranten gemeinsam zu erörtern.

#### *Kein Konzept für die Integration*

Die Anwesenheit von mehreren hunderttausend Fremdarbeitern stellt aus wirtschaftsstrukturellen Gründen eine Notwendigkeit dar. Ihre Rolle als blosse «Konjunkturpuffer» auf dem Arbeitsmarkt ist seit mindestens 10 Jahren ausgespielt<sup>29</sup>. Die Schweiz ist also wirtschaftlich nicht autark, sondern auf alle Fälle in den «Arbeitsplatz Europa» verflochten, auch wenn sie vorläufig nicht in den Freizügigkeitsbereich der EWG fällt. Es ist fest mit einer dauernden Anwesenheit von zahlreichen ausländischen Arbeitern zu rechnen.

Die politischen Konsequenzen aus dieser Situation werden aber nur sehr zaghaft gezogen. Aus der wirtschaftlichen Gegebenheit sollte doch folgerichtig eine systematische Integrations- und (wechselseitige?) Assimilationspolitik entworfen werden, um die fremden Arbeiter allmählich Wurzeln fassen zu lassen und enger an unsere Gesellschaft zu binden. Dergleichen Bemühungen sind wohl auf Gemeinde-, weniger auf kantonaler, kaum auf nationaler Ebene zu bemerken. Zaghafte Herrschaft vor, und der Bundesrat überlässt das wahrhaft weite Feld der Assimilationsförderung ausdrücklich der privaten Beackerung<sup>30</sup>. Wäre es nicht an der obersten Landesbehörde, ein Konzept für Assimilation und Integration zu umreissen, eventuell auch für eine angemessene Koordination der Bemühungen zu sorgen, um so die psychologischen Voraussetzungen zu verbessern? Die Einsetzung

einer Art *Einwanderungsbehörde*, die nicht der Fremdenpolizei unterstellt zu sein brauchte, würde der Einsicht Ausdruck verleihen, dass die Schweiz ein Einwanderungsland grossen Stils ist und diesen Vorgang gesellschaftspolitisch aktiv zu bewältigen sich bemüht.

### *Informeller Brückenschlag*

Das erwähnte Beispiel der aussergewöhnlichen Steuersenkung in Stein am Rhein zeigt zunächst, dass die Italiener und mit ihnen andere Wanderarbeiter mit unseren politischen und finanziellen Gepflogenheiten nicht vertraut sind. Die erste Reaktion des Schweizers wird ein Abwehrreflex sein. Das ist natürlich, aber für eine Bewältigung der Situation ungenügend. Es wird auf lange Sicht darum gehen müssen, den Integrationswilligen unter den Fremdarbeitern, also besonders jenen, die die Niederlassung erwerben – und das sind jedes Jahr mehr –, mit unseren politischen Verhaltensweisen allmählich vertraut zu machen.

Eine hervorragende Rolle kommt hier den Zeitungen zu, die von Schweizern für Gastarbeiter geschrieben werden. An erster Stelle ist *L'Eco* zu erwähnen, der unter deutschschweizerischer Leitung und bei Mitarbeit von bekannten Tessiner Journalisten und Fernsehkommentatoren wöchentlich mit einer Auflage von über 35000 Exemplaren erscheint. Wie hier an aktuellen Beispielen das Funktionieren unserer direkten Demokratie für die ausländischen Arbeiter erläutert und kommentiert wird, ist ermutigend, ebenso die Lektüre der vielen klugen, von lebendigem Interesse und Realitätssinn zeugenden Leserbriefe. *L'Eco* bietet den Lesern, zu 85 Prozent Einzelabonnenten, instruktive Streiflichter aus dem eidgenössischen Parlament, die zuweilen einem packenden staatsbürgerlichen Unterricht ähneln; ohne Beschönigung wird den italienischen Lesern auch erklärt, weshalb im jetzigen Zeitpunkt, angesichts der Überfremdungsinitiative II, der von den *Colonie Libere* erhobene Ruf nach dem Gemeindestimmrecht Wasser auf die Mühlen Schwarzenbachs leitet und weshalb der Bundesrat vor der Volksabstimmung kaum in neue Verhandlungen über das Einwanderungsabkommen eintreten kann<sup>31</sup>.

Langfristig, über Generationen gesehen, scheint mir das von *L'Eco* praktizierte Beispiel die einzige taugliche Alternative zu den Igelreflexen auf das Vorkommnis von Stein am Rhein. Unsern Tessiner Landsleuten erwächst in einem solchen informellen Brückenschlag eine zukunftssträchtige Aufgabe. In ähnlicher Richtung wirken auch der *Contatto* (monatlich, Auflage über 20000), *L'Informatore* (monatlich, Auflage um 10000) sowie die früher erwähnten Gewerkschaftsblätter, für die Spanier die in Lausanne publizierte *Emigración Española* (monatlich, Auflage um 11000), die das nötige Korrektiv zur eher hetzerischen, aus Spanien importierten *La Región*

bildet. Hinzu kommen, nebst Radio und Fernsehen, rund zehn Deutschschweizer Blätter mit meist wöchentlichen Spezialseiten für Fremdarbeiter, zusammen in einer Auflage von rund 310000.

### *Die andere Schweiz der Zukunft*

«Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte ist unlösbar, wenn wir uns der Einsicht verweigern, dass die Schweiz von morgen anders sein wird als die Schweiz von gestern» (*Max Frisch*). Diese Einsicht wird schliesslich stärker sein als das unablässige Pochen auf die schon tausendfach strapazierte «schweizerische Eigenart», die es angeblich als etwas Festumrissenes zu erhalten gilt. Die Berufung auf diese schweizerische Eigenart scheint mir übrigens in unserem Zusammenhang, im Blick auf die «Überfremdung», meist einer Beschwörung deutschschweizerischen Eigenseins gleichzukommen. Die welschen und italienischsprechenden Miteidgenossen werden getrost übergangen. Ihre Eigenart ist so beschaffen, dass ihnen die «Überfremdung» – ein Wort das weder französisch noch italienisch genau wiederzugeben ist – bis heute kaum zum Problem geworden ist, obgleich auch sie unzweifelhaft schweizerisch empfinden und denken<sup>32</sup>. Die Auseinandersetzung um die Initiative Schwarzenbach kann zutage fördern, wie weit die Überfremdungsfrage nur eine deutschschweizerische Angelegenheit ist und als solche das Verhältnis zu den welschen und den italienischsprechenden Miteidgenossen zu belasten vermag. Der «Totschlag von St. Moritz» lieferte hierzu erste Indizien; die Tessiner Presse hielt hartnäckig an der rassistischen Deutung und an den entsprechenden Vorwürfen an die Deutschschweizer Adresse fest<sup>33</sup>.

Bundesrat *Nello Celio* wies als bisher einziger hoher Magistrat in seiner Lausanner Rede über die Zukunft der Nation auf kommende Veränderungen unseres Landes hin<sup>34</sup>: 10 Millionen Einwohner ums Jahr 2000, starke demographische Veränderungen durch die Naturalisation der Ausländer, Bedeutungszuwachs für das lateinische und katholische Element. Man kann vor solchen Perspektiven die Augen verschliessen und wie der Berner Nationalrat *Jakob Bächtold* lamentierend ins Lager Dr. Schwarzenbachs überlaufen. Nationalrat Bächtold postuliert, wie neulich auch eine Zürcher Versammlung der *Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat*, die Kündigung des Einwanderungsabkommens mit Italien (Familiennachzug) in der Meinung, damit der «Bevölkerungsexplosion» beizukommen. Besser wäre es, das Problem der ausländischen Arbeitskräfte als *Chance* zu sehen, nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern mehr noch das politisch-staatliche Selbstverständnis der Schweiz und ihre Position zu den Nachbarn aktuell zu bestimmen.

Der Abstimmungskampf um die zweite Überfremdungsinitiative könnte



als Anstoss zu einer solchen prospektiven Selbstbesinnung genutzt werden. Die Schweiz darf nicht denen überlassen werden, die das Schweizertum aus der Ahnenreihe herleiten, sondern sie ist als der Ort zu gestalten, wo der Glaube gestattet ist, die Wanderarbeiter als ein Symbol für europäische Möglichkeiten zu sehen. Es muss sich zeigen, ob sich das grösste staatspolitische Talent der Eidgenossen, verschiedene Rassen, Sprachen, Religionen und Kulturen in friedlichem Zusammenleben zu vereinen, abermals entfaltet und bewährt. Die Idee der Menschenrechte muss Richtlinie für die schweizerische Rechtsentwicklung bleiben, deren Gefährdung in einzelnen Punkten Bundesgerichtsschreiber Hans Peter Moser gezeigt hat<sup>35</sup>. Überstürzte Radikalrezepte zur Lösung der Fremdarbeiterfrage, der Fremdenfrage, müssen verhindert werden, ist doch wahre Demokratie nach Gagliardi die «Staatsform der Geduld und der Duldsamkeit».

<sup>1</sup>Vgl. die Dissertation von Rudolf Schläpfer: Die Ausländerfrage vor 1914 (1969). – <sup>2</sup>Bundesrat Schaffner vor dem Ständerat, Sommersession 1969. – <sup>3</sup>An der Delegiertenversammlung vom 2. 7. 69 in Zürich. – <sup>4</sup>Im Monatsblatt «Volk und Heimat» beliebter Ausdruck für «Schweiz». – <sup>5</sup>Etwa 1966, als in Zug eine Erinnerungsfeier von «Alpini» stattfand. – <sup>6</sup>Vgl. dagegen Peter Dürrenmatt: «Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in staatspolitischer Sicht», in: Industrielle Organisation 1961, S. 263. – <sup>7</sup>Corriere, 8. Juni 1969. – <sup>8</sup>Corriere, 15. Juni 1969. – <sup>9</sup>Aus der Sicht der Missionen dargelegt in: «Schweizerschule» 1966 Nr. 8 und Nr. 23, 1967 Nr. 3. – <sup>10</sup>NZZ Nr. 390, 30. 6. 69. – <sup>11</sup>Vgl. dazu die «Comunicazioni del Governo sui problemi dell'Emigrazione» mit einer Einführung Pedinis, Rom April 1969. – <sup>12</sup>Gewerblicher Informations- und Pressedienst 3. 4. 68. – <sup>13</sup>Unterlage: Mozione Finale de Congresso delle ACLI in Svizzera vom 18. Mai 1969. – <sup>14</sup>Dr. P. Michael Jungo. <sup>15</sup>Paper eines linksprogressivistischen Arbeitszirkels, vgl. unten. – <sup>16</sup>Documento 1, La Scuola, realtà, azione prospettive, Februar 1969. – <sup>17</sup>Publiziert im Organ der CLI «Emigrazione Italiana» Nr. 5, 31. 3. 69. – <sup>18</sup>Senatore Carlo Levi am Oltener Kongress. Levi ist ein bekannter Schriftsteller. – <sup>19</sup>Promemoria sul problema dei diritti democratici e politici, Juni 1968. – <sup>20</sup>Berichte in der National-

Zeitung, bes. 12. 6. 69, Nr. 262. – <sup>21</sup>An ihrer Sitzung vom 12. Juni 69. – <sup>22</sup>Als erstes theoretisches Dokument herausgegeben vom Movimento Giovanile Progressista im Kanton Tessin, Juni 1968. – <sup>23</sup>Festzuhalten gegenüber mehrfach abgedruckten Kommentaren über den Oltener Kongress der CLI, die vom Schweizerischen Freisinnigen Pressedienst (SFP) und der Schweizerischen Politischen Korrespondenz (SPK) verbreitet wurden. – <sup>24</sup>In «Ausländerarbeit» Nr. 11, 1968. – <sup>25</sup>Gewerkschaftliche Rundschau Heft 10, 1964. – <sup>26</sup>Ebenda (von Bernasconi). – <sup>27</sup>Gewerkschaftskorrespondenz Nr. 13, 28. 3. 69. – <sup>28</sup>Ebenda Nr. 20, 5. 6. 69. – <sup>29</sup>Dazu Ernst Schwarb: «Arbeitsmarkt und Fremdarbeiterpolitik», in: Festschrift für Dr. h. c. A. Dubois, Zürich 1968, S. 226. – <sup>30</sup>Bericht an die Bundesversammlung vom 29. 6. 67, S. 34. – <sup>31</sup>Dr. Pedotti (BIGA) bestätigt, dass zur Zeit keine Verhandlungen im Gang sind. – <sup>32</sup>Schweizerische Arbeitgeberzeitung 18. 4. 1968, auch Basler Nachrichten Mai 1969. – <sup>33</sup>Vgl. Presseauswertung der Tat Nr. 68, 21. 3. 1969; auch L'Eco Nr. 19, 14. 5. 1969. – <sup>34</sup>Publiziert in Civitas, Heft 5, 24. Jg., Januar 1969. – Vgl. auch J. R. von Salis, Schwierige Schweiz, Zürich 1968, S. 260. – <sup>35</sup>Hans Peter Moser: Die Rechtsstellung des Ausländers in der Schweiz, Referate und Mitteilungen des Schweizerischen Juristenvereins, Heft 3, 1967, S. 377ff.